

Europa – instabil und verunsichert

Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 hat in Erinnerung gerufen, welche grosse Verdienste der EU bezüglich Stabilität und Wohlstand in Europa zukommen. Viel Zeit zum Feiern bleibt den Europäern allerdings nicht.



Die Schulden- und Eurokrise hält die EU in Atem. Mit Rettungsschirmen, nationalen Schuldenbremsen, und der Möglichkeit unbegrenzter Staatsanleihenkäufe durch die EZB konnte die Gefahr eines Zerfalls der Eurozone zwar vorläufig gebannt werden. Das Grundproblem, wonach die Währungsunion ohne weitreichende zusätzliche politische Integrationschritte die wirtschaftliche Divergenz zwischen den Mitgliedsstaaten fördert, bleibt aber ungelöst. Die Krise ist denn auch chronischer Natur. An Austeritätsmassnahmen wird auf absehbare Zeit kein Weg vorbeiführen.

Europas Stabilität und Sicherheit bleiben von diesen Entwicklungen nicht unberührt. In ihrer Rolle als Stabilitätsanker in Europa ist die EU heute zunehmend geschwächt. Innereuropäische Machtverschiebungen haben gleich mehrere bewährte Gleichgewichte in der EU ins Wanken gebracht, so etwa zwischen Deutschland und Frankreich oder zwischen den Mitgliedstaaten und den an Einfluss verlierenden EU-Institutionen.

In der Summe hat die Krise in der EU trotz aller Solidaritätsbekundungen ein Klima des Misstrauens gefördert und die Handlungsfähigkeit der EU vermindert. Vielleicht die grösste Gefahr für den europäischen Einigungsprozess geht von der wachsenden Euroskepsis in vielen Mitgliedstaaten aus. Dabei stellt nicht nur die Selbstmarginalisierung Grossbritanniens in Europa eine Herausforderung für die EU dar. Mehr noch bereitet der Umstand Sorge, dass einer EU-weiten Umfrage zufolge der Anteil derer, die der EU vertrauen, seit 2007 von 57 % auf heute 31 % gesunken ist.

Geld und Vision fehlen

Die Schuldenkrise wirkt sich aber nicht nur auf die innere Verfasstheit der EU, sondern auch auf deren internationale Gestaltungsmacht negativ aus. Dass sich die seit Jahrzehnten beobachtbare Abnahme des europäischen Anteils an der globalen Wertschöpfung in den letzten Jahren beschleunigt hat, ist dabei von untergeordneter Bedeutung.

Ins Gewicht fällt vielmehr, dass die gemeinsame Aussenpolitik, mit der die Europäer ihren Einfluss trotz ihres relativen Machtverlusts wahren wollen, in den Sog der Schuldenkrise geraten ist. Für eine umfassende Unterstützung der Transformationsprozesse in der südlichen Nachbarschaft fehlen Europa heute Geld, Vision und Strahlkraft. Gegenüber Staaten wie China oder Russland wiederum überwiegt in manchen Hauptstädten mehr denn je die Neigung zu bilateralen Wirtschaftsdeals. Eine europäische Rolle in den asiatisch-pazifischen Konfliktherden ist nicht in Sicht. Auch wenn sich die EU bisweilen durchaus auf wichtige gemeinsame Massnahmen wie die Sanktionen gegen Iran oder Syrien einigen kann: Koordiniertes aussenpolitisches Handeln gestaltet sich in Zeiten politischer Fragmentierung in Europa schwieriger denn je.

Verteidigungsbudgets schrumpfen

Negative Folgen der Schuldenkrise lassen sich schliesslich auch im Bereich der europäischen Verteidigung ausmachen. Die Verteidigungsausgaben der meisten europäischen Staaten sind in den letzten Jahren geschrumpft. Weitere Einschnitte sind vielerorts angekündigt. Der mit diesem Trend verbundene, weitgehend unkoordiniert vollzogene Abbau nationaler militärischer Fähigkeiten wird von manchen Experten als «Demilitarisierung» Europas gedeutet. Allerdings hat der massive Finanzdruck auch Anlass zu Initiativen hinsichtlich einer verstärkten rüstungs- und verteidigungspolitischen Kooperation gegeben. Inwieweit «Pooling and Sharing» im EU-Rahmen respektive «Smart Defence» in der NATO die militärische Handlungsfähigkeit

«Die Schuldenkrise schwächt die Fundamente Europas.»

Europas wahren oder gar verbessern können, muss sich zeigen. Selbst wenn es gelingen sollte, wichtige Fähigkeitslücken zu stopfen, bleibt eine zentrale politische Frage offen: Unter welchen Bedingungen bringen die austeritätsgeplagten Europäer künftig noch den Willen auf, sich mit militärischen Kontingenten an der Stabilisierung von Konfliktherden zu beteiligen? Der Friedensnobelpreisträger EU steckt auch sicherheitspolitisch in der Krise.

Daniel Möckli, Center for Security Studies (CSS), ETHZ